



Hamburg, den 01.03.2026

Liebe Pastorinnen und Pastoren im Kirchenkreis Hamburg-Ost und Hamburg-West/Südholstein!

Wir freuen uns, dass Sie die diesjährige Aktion „7 Wochen für die Menschenrechte“ unterstützen.

In der Anlage erhalten Sie den Petitionsbrief für den kommenden Sonntag, den 08.03.2026 in der englischen Fassung zum Abschieken und die übersetzte Form für die Botschaft - beide zum Verteilen an die Gottesdienstbesucher*innen und andere Interessierte oder zur Veröffentlichung auf der Homepage. Der englische Brief ist bitte mit 1,25 € zu frankieren, der für die Botschaft in Deutschland mit 0,95 €.

Hintergrundinformationen

Der prodemokratische Aktivist und Verleger Jimmy Lai wurde am 15. Dezember 2025 der "Verschwörung zur geheimen Absprache mit ausländischen Kräften" und "Verschwörung zur Aufwiegelung" für schuldig befunden und am 9. Februar 2026 zu 20 Jahren Haft verurteilt. Jimmy Lai ist der Gründer der Zeitung *Apple Daily*, deren Hauptsitz kurz nach Einführung des Gesetzes über die Nationale Sicherheit im Juni 2020 unter Einsatz von fast 200 Polizeikräften durchsucht wurde. Dabei wurden Jimmy Lai, seine beiden Söhne sowie mehrere Angestellte festgenommen. Später wurde *Apple Daily* erneut Ziel einer polizeilichen Razzia, und alle Vermögenswerte der Zeitung wurden eingefroren. Amnesty International verurteilte dies als "Todesstoß für die Pressefreiheit" in Hongkong. Im Juni 2021 musste die Zeitung den Betrieb einstellen.

Die Anwältin Chow Hang-tung war stellvertretende Vorsitzende der *Hong Kong Alliance in Support of Patriotic Democratic Movements of China* (HK Alliance), die seit 1990 alljährliche Mahnwachen zum Gedenken an die Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz organisierte, bis die Regierung die Mahnwachen ab 2020 verbot. Wegen ihrer friedlichen Aktivitäten für die HK Alliance wurde Chow Hang-tung 2021 unter dem Sicherheitsgesetz wegen "Anstiftung zum Umsturz" angeklagt. Seither befindet sie sich in Untersuchungshaft. Ihr Verfahren begann am 22. Januar 2026.

Der prodemokratische Aktivist Owen Chow war aktiv an den Protesten der Regenschirm-Bewegung 2014 und den Demonstrationen gegen ein umstrittenes Auslieferungsgesetz im Jahr 2019 beteiligt. Er wurde in dem Verfahren gegen die "Hongkong 47" schuldig gesprochen und erhielt von allen Angeklagten die zweitlängste Gefängnisstrafe. Den 47 Demokratievertechter*innen wurde vorgeworfen, sich an inoffiziellen Vorwahlen für die Wahlen zum Hongkonger Parlament (Legislativrat) im Jahr 2020 beteiligt zu haben. Der Prozess gegen die "Hongkong 47" ist das größte Sammelverfahren unter dem Hongkonger Sicherheitsgesetz und zeigt auf, wie stark die Regierung in Festlandchina die Demokratiebewegung und die Meinungsfreiheit in Hongkong unterdrückt. Owen Chow wurde außerdem in zwei weiteren Strafverfahren zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von mehr als

zwölf Jahren und zehn Monaten verurteilt. Er wird daher mindestens bis 2032 im Gefängnis bleiben. Die Vorwürfe beruhen lediglich auf der friedlichen Ausübung seiner Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Das Gesetz über die Nationale Sicherheit wurde von der chinesischen Regierung unter Umgehung der Legislative in Hongkong erlassen und trat am 30. Juni 2020 in Kraft. Es enthält vage Formulierungen und strenge Auflagen für Freilassungen auf Kautions. Zudem führt es ein System für speziell ernannte Richter*innen ein. Dadurch kann das Sicherheitsgesetz von den Behörden willkürlich und aus politischer Motivation heraus angewendet werden. Im Jahr 2024 erließ die Regierung ein weiteres Regelwerk zur nationalen Sicherheit, das als "[Artikel 23](#)" bekannt ist und die Menschenrechte weiter einschränkt. Mehr als 80 % der unter dem Sicherheitsgesetz verurteilten Personen wurden zu Unrecht strafrechtlich verfolgt und hätten gar nicht erst angeklagt werden dürfen. Dies zeigten [Recherchen von Amnesty International](#) von 2025, fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes.

Mit folgendem Text kann in den Gottesdiensten die Briefaktion von amnesty international z.B. bei den Abkündigungen eingeleitet werden:

„Für uns ist nur ein Brief ...

... für sie das Überleben.“

In gut 30% aller Fälle, zu denen Briefaktionen gestartet werden, kann eine Verbesserung der Lage der Betroffenen erreicht werden; z.B. ein Todesurteil wird nicht vollstreckt, Folter wird nicht fortgesetzt, Gefangenen wird Kontakt zu Rechtsanwälten und Familienangehörigen ermöglicht oder sie werden freigelassen.

Die Macht der Öffentlichkeit – hierin liegt der Hebel für Arbeit von amnesty international – und für unsere Erfolge.

Mit freundlichen Grüßen

Ascan Bandilla

Amnesty-Gruppe 1452 Hamburg

Email: ascan.bandilla@amnesty-hamburg.de